

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 18.

Charlottenburg, Freitag, den 2. Mai 1919.

Jahrg. 46.

Massenquartiere.

Unser Volk muß den Leidenskelch bis zur Reige leeren. Das hende Gespenst einer Wohnungsnot mit allen widerlichen Beilen, wie Obdachlosigkeit, Wohnungswucher, Gefahr von epidemischen Krankheiten, tritt von Tag zu Tag immer näher. Eine Berührung erhält dieser Vorgang durch den übergroßen Mangel an Baumaterialien und übermäßige Verteuerung derselben. Vor dem Kriege kostete ein Tausend Mauersteine (ab Lager in Berlin) 18 Mk., so beträgt jetzt der Preis 80—100 Mk. In so hohem Maße haben alle übrigen Baumaterialien, wie Kalk, Zement, Holz usw., eine Preiserhöhung erfahren. Auch der Baupersonal und die Löhne sind bei der allgemeinen Preissteigerung zurückgeblieben. Man wird zwar den Bauarbeitern das Ergebnis nicht versagen können, daß sich ihre Löhne zu den Steigerungen der Lebensmittelpreise noch in gemäßigten Grenzen bewegen. Jedoch, welcher Unternehmer oder Privatmann wagt unter solchen Umständen zu bauen? Auch die Bauzuschüsse und Subventionen der Staats- und Gemeindebehörden mahnen zur Vorsicht und veranlassen die Bauinteressenten, sich eine Zurückhaltung aufzuerlegen. Es ist auch gar nicht anzunehmen, daß die bedauerliche Freigabe von Dachgeschoss- und Kellerflächen zu Wohnungszwecken sowie durch zwangsweise Teilung der größeren Wohnungen der Wohnungsbedarf zu decken wäre. Je mehr die Wohnungsnot steigt, ist aus der Nachfrage nach Wohnungen und der Wohnungssuche in den Inseratenteilen der Tagespresse zu ersehen, wo schon 200—500 Mk. für den Nachweis einer Wohnung geboten werden. Wenn vereinzelt Gemeindebehörden sich schon jetzt die Extravaganzen erlauben, sich durch Strafvote gegen den Zuzug von auswärtig zu schützen, um dadurch die örtlichen Wohnungskatastrophe zu entgehen, so ist das ein Verstum und damit für die Allgemeinheit wenig erreicht. Die Anwendung solcher brutalen Gewaltsmittel wird dadurch für andere Städte um so mehr zu einem Verhängnis.

Vor allem fehlen Kleinwohnungen mit zwei Zimmern und Küche sowie auch mit einer Stube, Kammer und Küche. Zu diesem Zweck der Dinge hat man jetzt erst einmal die Frage zu prüfen, ob es durch den Bau von Kleinhauswohnungen und Großwohngebäuden in kurzer Zeit möglich ist, den dringenden Wohnungsbedarf zu befriedigen. Bei ehrlicher Ueberzeugung muß das bejaht werden. Solche Gebäude lassen sich nicht aus dem Boden stampfen. Bei aller sparsamen Bauweise und bei polizeilichen Baubedingungsermäßigungen sollen doch keine Gebäude fertiggestellt werden, die für teures Geld durch Pfuscherei gleich den Keim des Verfalls in sich tragen. Im übrigen ist nicht vergessen werden, daß bei einer jeden soliden Bauweise auch ein Trockenprozeß für den Rohbau und nach der Ausführung erforderlich ist. Diese Trockenzeiten sind in den meisten Orten oder Bundesstaaten nicht gleich und betragen oft 8 Wochen. Das sind nicht zu umgehende Maßnahmen, denn solche Wohnungen bilden eine ständige Gefahr von Krankheiten.

Um einer katastrophalen Obdachlosigkeit für einen Teil der Bevölkerung vorbeugend entgegenzutreten, wird man auch, wie im Jahre 1873, sofort zum leichteren Bau von Notbehelfen greifen müssen, und das sind Massenquartiere oder Wohnungsbaracken. Man hat in der Erwartung der Dinge sich schon regierungsseits auf eingerichtet hat, ist aus dem „Erlaß betr. Wohnungsordnungen“ vom 6. Dezember 1918 des Staatskommissars für Wohnungswesen in Preußen zu ersehen, worin auch der „Entwurf der Polizeiverordnung betr. Unterbringung von Arbeitern in

Massenquartieren“ vorgesehen ist. Zu solchen Quartieren gehören: Arbeiterquartiere, Arbeiterkasernen, Heime für Arbeiter und Arbeiterinnen (§ 1), wobei auch die eventuelle Beherbergung von Familien mit in Betracht kommt (§ 8). Wie hieraus zu entnehmen, hat man für diese Wohnungsmöglichkeiten die Bezeichnung „Baracken“ schamhaft — als unpopulär vermieden, ohne von der technischen Form oder Ausgestaltung beachtenswert abzuweichen.

Wie die Entwicklung des Wohnungswesens des Menschen, von der Zeit der Höhlenbewohner bis zur modernen Arbeiterwohnung und den komfortablen Räumen der bürgerlichen Kreise, zeigt, so hat auch das Massenquartier oder die Wohnungsbaracke eine Umgestaltung durchmachen müssen. Wie geschichtlich dargestellt wird, sind Baracken aus Brettern, Zweigen, Laubwerk, Stroh usw. für bestehende, leichte, für momentanen Gebrauch aufgeführte Hütten oder Häuschen, besonders Feldhütten, schon bei den Römern gebräuchlich gewesen. Seit der Französischen Revolution sind sie an Stelle der früheren gebräuchlichen Zelte in Standslagern getreten. Daher Barackenlager. In Festungen nennt man Baracken leicht gebaute Kasernen. Bei den amerikanischen und englischen Garnisonen soll die Kasernierung vielfach in Barackenlagern vor sich gehen. Baracken dienen heute als Unterkunftsräume für Truppen, für Arbeiter bei Fabriken, bei großen, abseits von Ortschaften durchzuführenden Tief- und Hochbauten sowie zur Unterbringung von Kranken (Hospital- oder Lazarettbaracken) und zur Warenlagerung. Wie Rueger in seiner Arbeit „Das Krankenhaus“ so interessant darzustellen weiß, sind schon Mitte des 18. Jahrhunderts in England einzelne zu einem Pavillon- oder Blocksystem zur Anwendung gekommen. Diese Entwicklung ist dann in Frankreich weiter gefördert, wobei auch die Erfahrungen, welche in dem nordamerikanischen Bürgerkrieg 1862 und den darauf folgenden deutschen Kriegen (1864, 1866 und 1870/71) gemacht wurden, zur praktischen Verwertung kamen. Diese Lazarette bestanden in leichten, einstöckigen, zerlegbaren Gebäuden, mit je einem großen Saal zu 30 und mehr Betten und den nötigen Nebenräumen. Diese Hallen, wobei das Dach gleich die Raumdecke bildet, ermöglichen zur Ventilation nach oben und sonst leicht eine Querlüftung. Man hat deshalb, um die erkannten Vorzüge zu verwerten, versucht, nach diesem System solche Bauten zu verschiedenen Zwecken auszuführen. Die Wohnungsbaracke ist ein Produkt dieser Entwicklung, wobei auch das Blocksystem mit mehreren zusammenhängenden Gebäuden) zur Ausnutzung des in aller nächster Nähe der wohnungsbedürftigen Ortschaften zur Verfügung stehenden Terrains zur Anwendung gebracht werden kann.

In dem amtlichen Organ „Die wirtschaftliche Demobilisierung“ vom 31. März d. J. wird auf die zerlegbaren und transportablen Holzbauten als Baracken hingewiesen. Man rühmt diesen Bauten eine zähe Lebensdauer nach. Demnach werden auch die freigewordenen Militär-lazarettbaracken nach guter Desinfektion und zweckmäßigem Umbau zu Wohnräumen zu verwerten sein.

Bei den Wohnbaracken als Behelfs- oder Massenquartiere wird man zu unterscheiden haben zwischen der Unterbringung von Einzelpersonen und von Familien. Bei den Industrie- und Baubaracken ist für die dort in Betracht kommenden familienfreien Personen die Trennung der Geschlechter durch besondere Wohngebäude streng durchgeführt. Diese „Ledigenheime“ mit ihren herbergsmäßigen gemeinsamen Schlafräumen sind bei allen sonstigen Annehmlichkeiten, wie billige Speiseverabfolgung, Badegelegenheit, Lesezimmer usw., oft keine vorbildlichen Einrichtun-

gen. Dasselbe wird auch von den Wohnungsbaracken, wie sie im Laufe des Krieges für die Industrie und bei Bauten mit ihren großen Räumen, wo oft 30 bis 40 Personen zum Wohnen und Schlafen sehr dicht untergebracht werden, zu sagen sein. Am allerwenigsten ist die Schlafgelegenheit mit 2 übereinanderstehenden Betten zu empfehlen. In den Räumen kann bei einer solchen Personenzahl in den Feierabendstunden eine Erholungsruhe nicht aufkommen; auch die Nachtruhe ist dabei nicht gesichert. Die äußerst abgebrauchten Nerven der Arbeiterschaft lassen solche Massenquartiere einfach nicht mehr zu. Im übrigen besteht hier bei allen Kleinlichkeitsvorschriften die Gefahr der Ansteckung, wie Tuberkulose, Typhus usw. Daher ist eine bauliche Teilung dieser Räume zu gemeinsamen Wohngelegenheiten bis zu höchstens 6 Personen notwendig. Der vorerwähnte Reglerungs-erlaß vom 6. Dezember 1918 will diesen Zuständen entgegenwirken und bestimmt deshalb:

„Als Schlafräume dürfen nur geschlossene Räume dienen, die als solche baupolizeilich genehmigt sind. Diese Räume müssen für jede in ihnen untergebrachte Person mindestens 10 Kubikmeter Luftraum und 4 Quadratmeter Bodenfläche bieten. Die Schlafräume dürfen nicht zugleich als Koch-, Ekz- und Vorratsräume benutzt werden. Außerdem müssen bei den Massenquartieren Krankenzimmer vorhanden sein.“

Vergleichlich zu dem „Entwurf einer Wohnungsordnung“ in demselben Erlaß ist hier für die Massenquartiere der Luftraum von 20 auf 10 Kubikmeter und die Bodenfläche von 8 auf 4 Quadratmeter, also um die Hälfte, herabgesetzt. Für diese Obdachlosenquartiere ist die folgende Bestimmung beachtenswert:

„Die etwa vorhandenen Wohnräume müssen so eingerichtet sein, daß in der Regel für jede Familie ein besonders abschließbarer Raum vorhanden ist. Dieser Raum hat in seiner Größe und Beschaffenheit den obigen Vorschriften zu entsprechen.“

In den einzelnen Industriebezirken und bei Einzelbetrieben sowie bei der Ausführung umfangreicher Hoch- und Tiefbauten sind schon vor dem Kriege mehr fortgeschrittene Einrichtungen geschaffen worden. Massen- und Obdachlosenquartiere sollen aber nicht den Charakter der Wohlfahrts-Einrichtungen der Unternehmer zur Geltung bringen, sondern durch den Staat und die Gewerkschaften auf einer gesetzmäßigen Grundlage geschaffen werden. Um das Los der Obdachlosen besonders zu mildern, wird es daher die Aufgabe der Vertrauenspersonen sein müssen, durch eine recht aufmerksame Kontrolle auf die sozialen, sanitären und sittlichen Einrichtungen dieser Wohnstätten zu achten, sowie was sonst als zweckmäßig in Betracht kommt. In Vordergrund treten hierbei die Feuer- und Diebstahlversicherungen, die Beheizung und Kochgelegenheit, die Wasch- und Badeeinrichtungen, die Abortanlagen sowie auch die Verpflegungsmöglichkeiten und die Wohnpreise. Um hier etwas zu erreichen, sind nicht nur schöne und große Worte angebracht, sondern vor allem brauchen wir die praktische Arbeit und die Tat!

G. Heine.

Aus unserm Berufe.

Arzberg. Zur Frage eines Kollektivvertrages und der Sozialisierung der Betriebe schreibt uns der Kollege H. S.: Um mich ganz kurz zu fassen, der Kollektivvertrag ist für die Porzellanarbeiter höchst notwendig. Wer sich der Verhältnisse, die in unserer Industrie eingerissen waren, in der Zeit vor dem Kriege erinnert, wird zugeben müssen, daß sich unhaltbare Zustände herausgebildet hatten. Wenn schon im Verkauf der Waren mit $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{3}$ Pf. gerechnet wurde, nimmt es nicht wunder, wenn bei Berechnung der Arbeiterlöhne auf die Existenzfähigkeit des Arbeiters keine Rücksicht genommen wurde. Es wurde geradezu Raubbau an der Gesundheit des Arbeiters getrieben. Dabei bildete sich eine ungesunde Konkurrenz heraus, die in der Hauptsache auf Kosten des Arbeiters betrieben wurde. Wenn man bedenkt, was der Arbeiter vor dem Kriege und während des Krieges von einzelnen geleistet wurde, muß man sagen, daß die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft einen Grad erreicht hatte, der kaum noch steigerungsfähig war. Wer, wie ich, ein volles Jahrzehnt in der Porzellanindustrie tätig ist und die Folgen dieser Verhältnisse am eigenen Leibe kennen lernte, wird nur zugeben müssen, daß eine Aenderung eintreten mußte. Auf der einen Seite ein Despotentum, hatte auf der anderen Seite ein Heiotentum geschaffen. Deshalb sage ich, fort mit diesem System, es muß neu gebaut werden. Vor allem ist bei einer Neuordnung der Verhältnisse darauf Bedacht zu nehmen, daß die Konkurrenz verschwindet; dieses Konkurrenzsystem muß aus der

Welt geschafft werden. Der Heranbildung tüchtiger Qualitätarbeiter kann dadurch am besten die nötige Aufmerksamkeit zuwendet werden. Mir ist zwar bekannt, daß es Egoisten gibt auch unter unseren Mitarbeitern, denen die Abschaffung der Konkurrenzarbeit ein Dorn im Auge wäre. Diese können nicht begreifen, daß sie auch Menschen sind, wenn sie an der Scheibe oder Maschine arbeiten. Sie scheinen sich lediglich als lebendige Automaten zu betrachten. Diese können aber nicht allein maßgebend sein, wenn es gilt, die Interessen der Gesamtheit zu wahren. Bei der Abschaffung der Konkurrenzarbeit ließen sich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Einmal würde dem vorstehend bezeichneten ungesunden Egoismus das Grab geschaukelt, zum anderen würden wir am schnellsten und leichtesten zu Vertragsverhältnissen kommen, weil sich eine Vereinbarung über Zeitlöhne viel leichter treffen läßt. Sollten wir dieses Ziel nicht erreichen, wird es schwer halten, einen gerechten Ausgleich in unsere Verhältnisse zu bringen. Nachdem der Krieg und die Revolution eine gründliche Aenderung in den Verkaufspreisen der Waren in der Porzellanindustrie mit sich gebracht hat, muß es in Zukunft möglich sein, die Verhältnisse so zu gestalten, daß auch für die Arbeiterschaft etwas dabei herauskommt.

In der Sozialisierungsfrage bin ich mir bewußt, daß es heißen wird: Rom ist nicht an einem Tage erbaut worden, aber der Anfang muß doch gemacht werden. Am ehesten reif dazu werden die Aktiengesellschaften sein. Unter den gegebenen Verhältnissen muß das Hauptgewicht auf die Betriebs-Arbeiterräte gelegt werden. Hier die tüchtigsten Kollegen gewählt, die auch etwas Mut besitzen, bieten die beste Gewähr, daß Ruhe unter der Arbeiterschaft eintritt. Im weiteren muß eine demokratische Verfassung in den Betrieben verlangt werden. Vor allem tut noch eine restlose Erfassung sämtlicher Arbeiter zur Organisation. Eine zweite Organisation, die nur ein Scheindasein fristet, kann nicht geduldet werden.

Berlin. Die Figurenbranche der Zahlstelle hatte ihren Arbeitgebern, durch die noch immer steigenden Preise für den Lebensunterhalt bedingt, neue Lohnforderungen eingereicht, welche sich um Erhöhung der Löhne in dem Rahmen von 25 bis 40 Prozent bewegten. Auf unser Anschreiben an die Arbeitgeber erklärten sich die in Betracht kommenden Firmen bereit, über die Forderungen mit uns in Verhandlung zu treten. Die Verhandlung fand nun am 16. April 1919 statt und führte durch das soziale Verständnis und Entgegenkommen der Arbeitgeber zur Anerkennung unserer eingereichten Forderungen. Der Mindestlohn beträgt demnach ab 3. Mai d. J. für Putzer 2,15 Mk., für Gießer 2,25 Mk., für Maler 2,35 Mk., für Malerinnen 1,85 Mk. die Stunde. Hilfskräfte erhalten 25 Prozent Zulage. Der Lohn für ältere nicht mehr voll leistungsfähige Arbeiter unterliegt der freien Vereinbarung; jedoch wurde von den verhandelnden Arbeitgebern ein Mindesteinkommen von 70 Mk. wöchentlich als gerechtfertigt angesehen.

Im beiderseitigen Einverständnis wurde das Treiben der Konkurrenz der Branche in den kleinen Betrieben, welche weder eine geregelte Buchführung haben, noch die Lasten der Umsatz- und Luxussteuer tragen und ihre Arbeitsprodukte zumeist in Schankwirtschaften usw. persönlich veräußern, scharf beurteilt. Die Erzeugnisse dieser Kunst werden zu Schundpreisen verschleudert, weil hier von 8 Stunden täglicher Arbeitszeit und Mindestlöhnen keine Rede sein kann, und auch alle Lasten und Abgaben für diese Art von „Arbeitgebern“ in Fortfall kommen. Es sind Schritte vorgezogen, das Reichsarbeitsamt auf diese „Firmen“ aufmerksam zu machen. Ferner wurde noch in der Spezialbehandlung der einzelnen Fachgruppen der Begriff begrenzt, welche Kollegen als Putzer, Gießer und Maler in Frage kommen und die als Hilfskräfte zu bezeichnen wären. Dem Wunsche der Arbeitgeber, daß nun aber die Figurenbranche für hoffentlich längere Zeit mit neuen Lohnforderungen verschont bleibt, können wir uns wohl anschließen, wenn die Teuerung für alle notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel endlich die absteigende Form annehmen würde.

O. Kretschmann.

Vermischtes.

Ein Reichsverband der deutschen Industrie ist am 12. April d. J. durch Verschmelzung der im Deutschen Industrierat vertretenen Zentralorganisationen der Unternehmer, des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen gegründet worden. Der neue Verband bezweckt die Vertretung und Förderung der deutschen Industrie, die Herbeiführung eines einheitlichen Vorgehens der beteiligten Kreise und eine Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitnehmern in Fach-, Orts- und Landesverbänden und Fachgruppen.

Verfassungsberichte.

Berlin. Unsere Zahlstellenversammlung vom 12. April hatte über wichtige Entscheidungen im Interesse unserer Zahlstelle zu treffen. mußte endgültig Stellung genommen werden zur Anstellung eines Beamten und zur Deckung der daraus entstehenden Mehrausgaben. Die Tagesordnung war: 1. Geschäftliches. 2. Bureaufrage. 3. Verschiedenes. — Kollege Kretschmann gab einen Bericht über die Lage der Schmalenerbranche, die sich jetzt in einer Hochkonjunktur befindet, und in welcher er schon haben. — Für die Figurenbranche teilte Kollege Bauer mit als Leiter derselben mit, daß sie in einer Lohnbewegung stehen; Forderungen sind: für Puzer 2,20, für Gießer 2,30, für Maler 2,40 Mk. die Stunde. Zur Lokalfrage wurde beschlossen, die Zahlstellenversammlungen jeden 3. Mittwoch im Monat im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45, stattfinden zu lassen.

Zur Bureaufrage schildert zuerst Kollege Kretschmann die Misere des jetzigen Zustandes in unserer Zahlstelle. Es können die Geschäfte Arbeitsnachweise, die Kontrolle der Arbeitslosen, die Auszahlung der Unterstützung, die Einnahmen und Verrechnungen der Beiträge, sowie die Besuche der verschiedenen Branchenversammlungen, die notwendigen Besprechungen mit den Unternehmern im Interesse der Lohn direkt und dadurch auch im Interesse der Zahlstelle resp. des Verbandes nicht mehr im Nebenamt ausgeführt werden, wenn wir das Nebenamt der Zahlstelle nicht in Frage stellen, sondern diese festigen und stützen wollen, was doch so dringend notwendig ist. — Um aus dem jetzigen Zustand herauszukommen, legt die Verwaltung folgende Anträge vor:

1. Einen Bureaubeamten anzustellen.
2. Den Lokalbeitrag um 10 Pf. zu erhöhen und auch die weiblichen Mitglieder heranzuziehen, daß diese 10 Pf. zahlen sollen.

Hierzu gab Kollege Welzel die rechnerischen Unterlagen. Die Verwaltung legt 300 zahlende Mitglieder zugrunde. — Es stellen sich die Ausgaben für: Miete, Beleuchtung, Heizung, Reinigung des Bureaus, Verwaltung, Porto und sonstiges, wie Saalmiete, auf das minimalste schätzt, einschließlich des Gehalts für einen Beamten das Vierteljahr rund 1740 Mk. — Dem steht eine Einnahme bei Erhebung von 10 Pf. Lokalbeitrag (wie beantragt) aus diesem, sowie dem 12 Proz. 4 Proz. Fonds von 1540 Mk. gegenüber, so daß die runde Summe 200 Mk. fehlen würde, für die aus laufenden Einnahmen keine Deckung vorhanden ist, die wir aber hoffen dürfen, aufbringen zu können, um des guten allgemeinen Zweckes willen. — Zu der nun einmündigen sehr regen Aussprache wurde allseitig der absoluten Dringlichkeit der Anstellung eines Beamten sowie der dadurch bedingten Erhöhung des Lokalbeitrages Ausdruck gegeben. — Der erste Antrag wurde einstimmig angenommen. — Ueber den zweiten Antrag der Verwaltung ausgehend, waren zwei weitere Anträge eingegangen, wovon der erste 15 Pf., der andere 10 Pf. Erhöhung, forderte; der letztere wurde dann angenommen. So daß nun also vom 28. April (der ersten Maiwoche) der Lokalbeitrag für männliche Mitglieder 30 Pf., für weibliche 10 Pf. beträgt.

Zur Erledigung der einlaufenden Bewerbungsschreiben wurde auf Antrag Welzel eine sechsgliedrige Kommission gewählt, welche zusammen mit der Verwaltung über die Anstellung entscheidet; diese Kommission setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Karl Müller, Kemmer, Friedmann, Welzel, Kretschmann. — Die Bewerbungsschreiben (nur Mitglieder unserer Zahlstelle) müssen die Auffassung des Bewerbenden über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten im allgemeinen, sowie eines Beamten speziell in unserer Zahlstelle enthalten und spätestens am 24. April in unserem Bureau sein. — Bei Verschiedenem wurde über Rätehystem nachgehört, die Haltung der „Ameise“ in verschiedenen Artikeln einerseits unterzogen und über die Versorgung der Porzellanfabriken mit Holz andererseits der dringende Wunsch geäußert, daß sich unser Hauptvorstand einmündig damit beschäftigen solle. Otto Simpson, Schriftführer.

Kahla. Die am 16. April stattgefundene Zahlstellenversammlung wurde gut besucht. Es scheint, als ob sich die Erwartungen, die an den Beschluß der vorigen Versammlung, die Versammlungen künftig Mittwochs abzuhalten, geknüpft wurden, erfüllen sollten. Wir wollen hoffen, daß dies auch in diesem Falle nicht trügt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Versammlung das Andenken der beiden verstorbenen Kollegen als Ziel und Otto Brüdner in der üblichen Weise. — Zum Tagesordnungspunkt „Berichte“ erstattet Genosse A. Leube Bericht über die Kartellbildung. Aus diesen Ausführungen ist hervorzuheben der Bericht über die Aussprache bezüglich der Bildungsbestrebungen, der Maitage und der Ernährungsfrage. Zu ersterem berichtet er, daß sich ein Ausschuss für Volkshochschulkurse in Thüringen gebildet habe, dem auch Genosse aus Kahla angehört. Das Bestreben dieses Ausschusses geht dahin, die Bestrebungen der praktischen und theoretischen Durch- und Weiterbildung möglichst breiter Schichten der Bevölkerung über das bis herem Kriege betätigte Maß hinaus zu fördern durch Einrichtung von gemeinschaftlichen und Fachschulkursen. Lehrer sowie auch vorläufige Helfer ständen zur Verfügung. Das Kartell habe beschlossen, sich korporativ an diesen Bestrebungen zu beteiligen und als vorläufige Karte zu den Kursen 20 Mk. beizubringen. Der bisherige örtliche Bildungsausschuss würde die Kurse einrichten nicht berührt bezüglich seiner Veranstaltungen, und dieser Ausschuss nur ergänzt. Der Vorsitzende fordert die Kollegen und Kolleginnen auf, sich recht regen an dem geplanten zu beteiligen. Wenn der Hunger im Magen augenblicklich den geistigen Hunger überdünne, so solle uns dieser Umstand doch nicht abhalten, unser Wissen zu bereichern und uns praktisch zu bilden, was für die kommende neue Epoche in ersterem Maße notwendig sei. Bezüglich der Maitage wird aufgefordert, den Veranstaltungen der Partei anzuschließen. Ernährungsfrage betreffend, wird berichtet, daß als Beirat in wirtschaftlichen sowohl als auch in Ernährungsfragen eine Kommission dem Ernährungsamt beigegeben wird, aus Arbeitern besteht und den Zweck haben soll, die Lebensmittelversorgung bezw. die Einkünfte und Bestände zu kontrollieren und dem Amt Rat und Hilfe zur Seite zu stehen. — Zum Punkt „Kassenbericht“ gibt Kassierer, Genosse Pühl, folgendes bekannt: Gesamteinnahme im 1. Vierteljahr Januar—März: 12 706,29 Mk., Ausgabe: 12 419,85 Mk., Bestand: 286,44 Mk. Der 12-Proz. Fonds hatte an Einnahme 674,24 Mk.,

an Ausgabe 376,54 Mk. zu verzeichnen, so daß sich ein Bestand von 297,73 Mk. vorfand. Der Lokalfonds hatte an Einnahme 266,67 Mk. und an Ausgabe 130,92 Mk. aufzuweisen, mithin einen Bestand von 135,75 Mk. Die Revisoren berichten, daß Bücher, Belege und Mitgliederlisten geprüft und in Ordnung und Uebereinstimmung gefunden wurden. Die beantragte Entlastung wird dem Kassierer hierauf einstimmig erteilt. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle beträgt gegenwärtig 796. — Betreffend die Belieferung der Porzellanbetriebe mit Kohle, bringt der Vorsitzende zur Kenntnis, daß er sich an den Reichskommisariat für Kohlenverteilung gewandt habe und sei von dieser Stelle Antwort eingegangen. Er bringt das Schreiben zur Verlesung. Dasselbe hat folgenden Wortlaut: „Wie Ihnen bekannt sein dürfte, findet zurzeit eine Neuregulation der Porzellanindustrie statt, laut welcher für die einzelnen Porzellanfabriken neue Mengen festgesetzt werden sollen. Gleichzeitig erhoffe ich von einer in- zwischen eintretenden Besserung der Kohlenherzeugung- und -beförderungs- möglichkeit gerade die Porzellanfabriken in stärkerem Maße beliefern zu können, da die Wichtigkeit der Porzellanindustrie, die sie für die Volkswirtschaft und besonders für die Ausfuhr hat, hier vollumfänglich gewürdigt wird und mir im besonderen die für Kahla von Ihnen geschilderten Verhältnisse bekannt sind.“ Dieses Schreiben wird beifällig zur Kenntnis genommen. Es entspann sich hierauf eine außerordentlich ausgedehnte Aussprache zum Tagesordnungspunkt „Gewerkschaftliches“. Einhellig kam zum Ausdruck, daß die Kollegen hier das ewige Begehren, welches gewissermaßen jedem Porzellanarbeiter als Patengeschenk in die Wiege gelegt wurde, restlos satt haben und sie nun gewillt sind, auch teilzunehmen an den Erträgen ihres Fleißes und ihrer Intelligenz. Die hier erzielten Löhne wurden als absolut ungenügend bezeichnet angesichts der enormen Teuerung. Es ließe sich damit kaum der allernotwendigste Lebensunterhalt bestreiten, geschweige denn an die Beschaffung von Bekleidung und die Befriedigung sonstiger notwendiger Bedürfnisse gedacht werden könnte. Deswegen wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Verbandsleitung eigentlich wenig getan habe zur Verbesserung der Lohnverhältnisse im Verufe. In Kahla sei anstatt einer Verbesserung teilweise eine Verschlechterung eingetreten. Mehrfach wird betont, daß sich die Verbandsleitung bei den Verhandlungen über das Ohr haben ließ von den Vertretern der Unternehmerorganisationen. Allerdings wurde dem auch entgegengehalten, daß die Kollegschaft in Kahla ihr gerüttelt Maß Schuld an den Zuständen, wie solche hier bestanden haben, trägt: Zerissenheit und Eigenbrödelerei hätten viel mit verschuldet. Jetzt müsse unter allen Umständen der sogenannte „Zwabiger“ beseitigt werden, der, wenn schon früher keine, so in der Gegenwart und in der Zukunft absolut keine Existenzberechtigung habe. Das gemeinsame Ziel aller Gewerkschaften müßte auf den Zusammenschluß aller zu einer achtungsgebietenden Organisation eingestellt werden; die Zeiten müßten endgültig vorbei sein, wo die Erzeugnisse der Porzellanindustrie teilweise als Gegenstände zur Anlockung des kaufstüchtigen Publikums in den Warenhäusern usw. benutzt wurden, indem sie für Schleuderpreise abgegeben werden konnten, weil die Löhne für die Herstellung die denkbar niedrigsten waren. Kurz gesagt, es kam eine wirkliche Revolutionsstimmung zum Durchbruch in der Versammlung. Das Ergebnis der Aussprache war folgender Antrag: „Sämtliche Betriebsausschüsse finden sich am Dienstag, den 22. April, mit der Ortsverwaltung zusammen im „Rosengarten“ ein, um gemeinschaftlich für alle Betriebe Forderungen zu formulieren, welche den Unternehmern baldigst zu stellen werden.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Mit beifällig aufgenommenen Schlußworten schloß der Vorsitzende hierauf die gutbesuchte Versammlung, nachdem Genosse Leube noch zum Zusammenschluß der Arbeitergesang- und Turnvereine und zum regen Beitritt der Kollegen in diese Vereine aufgefordert hatte.

Mosersdorf. Am 4. April fand eine sehr gut besuchte Versammlung der hiesigen Porzellanarbeiter statt, die vom Gauleiter Hoffmann geleitet wurde. Es war der Wunsch und Wille der hiesigen Arbeiterschaft geworden, an unserem Orte eine Zahlstelle unseres Verbandes zu errichten. Die Gründung wurde auch beschlossen und sofort eine Verwaltung gewählt, die die Führung der Geschäfte übernimmt. Sodann berichtete der Gauleiter über die Verhandlungen mit der Direktion der Porzellanfabrik über die vom Arbeiterausschuss geforderten Stundenlöhne. Der Bericht war mit Kenntnisnahme erledigt. Im Anschluß daran wurde noch kurz berichtet, daß die Direktion zirka 50 000 Mk. Teuerungszulage an die Arbeiter zur Auszahlung bringen lassen will. Damit war der geschäftliche Teil der Versammlung erledigt. Mit dem Wunsche, daß die junge Zahlstelle sich kräftig entwickeln möge und sich mit an die erste Stelle emporarbeite, wurde die Versammlung geschlossen.

Unterweißbach. Die am 11. April abgehaltene Zahlstellenversammlung war leider nicht gut besucht. Es wäre wirklich an der Zeit, daß sich die Kollegen und Kolleginnen etwas mehr für unseren Verband interessieren. Der Vorsitzende gab die Tagesordnung bekannt: 1. Vortrag des Kollegen Karl. 2. Bericht von der Konferenz Neuhaus a. R. 3. Kassenbericht vom 1. Quartal. 4. Verschiedenes. Kollege Karl gab uns einen lehrreichen Vortrag über die Vereinbarungen unserer Organisation mit den Unternehmerverbänden und schilderte den Anwesenden den kommenden Kollektiv-Vertrag. An diesen Vortrag knüpfte sich eine lebhafteste Aussprache. Der Vorsitzende gab sodann den Bericht von der Konferenz. Zum 3. Punkt berichtete der Kassierer, Kollege Horn, folgendes: Einnahme an Beiträgen 820,49 Mk., Ausgabe an Unterstützung 347,42 Mk., an die Hauptkasse gesandt 473,07 Mk., 12-Proz. Fonds: Bestand vom vorigen Quartal 103,80 Mk., 12 Proz. von Beiträgen 93 Mk., Summa: 196,80 Mk., Ausgabe: 68,03 Mk., Bestand: 128,77 Mk. Der Abschluß wurde von den Revisoren geprüft und für gut befunden. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde ein Arbeiterausschuss gewählt für die Firma Mann & Porzellan, die Maitage besprochen und noch verschiedene örtliche Angelegenheiten erledigt. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, dahin wirken zu wollen, daß die Versammlungen besser besucht werden; denn nur da können die Interessen der Kollegen und Kolleginnen vertreten werden.

In die Zahlstellenkassierer!

Mit Nr. 17 der „Ameise“ haben alle Kassierer die (graue) Zählkarte für die Arbeitslosenzählung pro April erhalten. Stich- tag ist Sonnabend, der 26. April. Die Kassierer, die die Karten

noch nicht ausgefüllt und an das Bureau eingesandt haben, wollen das ungefüllt tun und bis spätestens 3. Mai die Karte an das Verbandsbureau schicken. Leider haben es bei der Zählung für Monat März wieder eine Anzahl Kassierer unterlassen, die Zählkarte einzuschicken. Deshalb wird die dringende Mahnung an alle Kassierer gerichtet, ihrer Pflicht nachzukommen. Die Vorsitzenden der Zahlstellen sollten sich für verpflichtet halten, bei ihren Kassierern nachzufragen, ob sie die geringe Mühe auf sich genommen und die Zählkarte ausgefüllt haben, event. soweit das nicht geschehen, dafür zu sorgen, daß es geschieht, ehe die Zeit dafür verstrichen ist.

Das Verbandsbureau.

Zur Beachtung für die Organempfänger!

Reklamationen wegen Nichtlieferung der benötigten Anzahl von Exemplaren unseres Blattes, „Die Ameise“, wollen die Organempfänger immer sofort an uns richten. Sofern durch Aufnahmen neuer Mitglieder oder durch Zuzug von Verbandsmitgliedern die Mitgliederzahl und damit die Zahl der benötigten Exemplare steigt, ist immer an uns entsprechende Mitteilung zu machen. Jedes Mitglied hat Anspruch darauf, daß ihm regelmäßig allwöchentlich die „Ameise“ zugestellt wird. Kein Mitglied braucht auf die regelmäßige Zustellung des Blattes zu verzichten, wenn die Organempfänger rechtzeitig mitteilen, wieviel Exemplare gebraucht werden. So lange eine andere Bestellung nicht bei uns eingeht, bleibt die zuletzt angegebene Zahl in unserer Expeditionsliste stehen und erfolgt dementsprechend der Versand.

Die Expedition der „Ameise“.

Ausruf!

Unser Verbandskollege Johann Muth, Dreher, befindet sich in großer Notlage. Seit dem Jahre 1913 ist Muth ununterbrochen krank und vollkommen erwerbsunfähig. Seine Frau, die bisher durch ihrer Hände Arbeit den Lebensunterhalt für die Familie erworben, ist auch schon längere Zeit krank. Unsere Zahlstelle hat M. schon wiederholt unterstützt, ist aber allein nicht imstande, die drückendsten Nahrungskosten von ihm fernzuhalten. Wir ersuchen die Verbandsgenossen, die ein Scherlein für M. beisteuern wollen, dies an unseren Kassierer, Johann Eichmann, Staffel bei Limburg a. d. Lahn, Elzerstr. 128, zu senden. Ueber den Eingang von Geldern wird in der „Ameise“ quittiert.

Die Verwaltung der Zahlstelle Staffel.
Der Vorsitzende: Joh. Eufinger.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Annaburg. Sonnabend, den 26. April, abends 8 Uhr: Zahlstellenversammlung im Gesellschaftshaus Zoberbier (kleiner Saal).

Bonn. Samstag, 9. Mai, abends 6 Uhr, im „Volkshaus“, Sandkaule 13. Die Kollegen werden ersucht, sich vollzählig an der Maifeier zu beteiligen. Programm wird noch bekannt gegeben.

Charlottenburg. Freitag, den 9. Mai, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 4, kleiner Saal. Vortrag: „Die Bedeutung des Rätesystems.“ Referent: Genosse Holland. Vollzähliger Besuch erwünscht.

Geschwenda. Sonnabend, den 3. Mai, abends 7½ Uhr, im „Thüringer Wald“.

Limkau. Sonnabend, den 10. Mai, abends 8 Uhr, in der „Hofenau“.

Neusehau. Dienstag, den 29. April, abends ½8 Uhr: Versammlung im „Deutschen Kaiser“.

Hürberg. Sonnabend, den 10. Mai, abends 7 Uhr, im „Historischen Hof“.

Adressen-Änderungen.

Wien. Kassierer: Jakob Bongardt, W.L. Friedhofstr. 109.

Altwater. Die Geschäftsstelle befindet sich bei dem Kollegen Ad. F. ... in ... alle Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.

Sachsen. Nr. ... in ... Kassierer an Stelle Ida ...

Wittenberg. ... Vorsitzender: August ... Kassierer: ...

Wiesbaden i. Thüringen. Vorsitzender: Karl ... Kassierer: ...

Siebold b. Schwarzburg. Vorsitzender: Otto ... Kassierer: ...

Wesel a. Rh. Vorsitzender: Heinrich ... Kassierer: ...

Sterbetafel.

Saselbad. Minna Franz, Verpußerin, geboren am 31. Mai 1855 in Saselbad, gestorben am 14. April 1919 an Lungenentzündung. Mitglied seit 1917.

Mannheim. Georg Kadel, Brenner, geboren am 11. April 1900 in Birnheim, gestorben am 10. April an Lungenleiden.

Durch den Weltkrieg verloren wir unsere treuen Mitglieder Albert ...

Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Zahlstelle Geschwenda.

Annaburg.

Achtung! Am Donnerstag, den 1. Mai, veranstaltet die Zahlstelle des Porzellanarbeiterverbandes eine **Maifeier**. 3 Uhr Antreten im Schlinkers Lokal zum Umzug; hierbei Festrede auf dem Marktplatz. Schließend Konzert im Schlinkers Lokal. Von 7 Uhr abends Tanz. Beitrag 1 Mk. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.

Die Verwaltung.

Arbeitsmarkt.

Maler

für Schriften und Silberdekore sofort gesucht.
Stern-Porzellan-Ges. m. b. H., Tiefenfurt i. Schl.

Tüchtiger Formengießer

kann eingestellt werden. **Schlesische Porzellanfabrik, G. m. b. H. Tiefenfurt i. Schl.,** Bahnhofsstation Rauscha, D. 2

Tüchtiger Schriftmaler

sucht Stellung, eventl. auch als Obermaler. Derselbe ist mit allen kommenden Arbeiten, wie Email- und Farbschrift, Schablonenschnitt und Schrift-Lithographie, vertraut.

Offerten unter M. 1919 an die Redaktion der „Ameise“.

Geschäfts-Anzeigen.

Zur Lieferung allerfeinsten **Pinselfür die gesamte Keramik-Malerei**, sowie **Horn- und Stahl-Spachteln**, Pinselfür empfiehlt sich

Erdmann Wunder

Altwater i. Schl., Charlottenbrunnerstr.

Sämtliche Pinselfür Porzellanmaler

überhaupt der Porzellanbranche, sowie Stahlspachteln und Dreherm liefert zu soliden Preisen

Paul Materne, Schönwald i. Oberfranken

Auf Verlangen werden Pinselfür nach Zeichnung oder Muster angefertigt

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinselfür, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 5—10 Pf. je nach Gehalt, bei größeren auch bestend mehr) überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold

und zahlt **Feingold 8,00 Mk.** die Sch für 1 Gramm

Max Haupt, Dresden-A., Böbuisch-Platz 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Heimer, Langewiesen b. Elm., D.

Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinselfür usw.

kauft zu höchsten Preisen **Feingold 8,— Mk.**

— zahlt für 1 gr ... **Otto Siefert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 51**

Schnelle, reelle Bedienung

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterin
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 2